

# INTERGRUND

## als Platzhalter

en nach Couve de Murvilles Besuch

ERMANN BOHLE, PARIS

die Tür auch bei seinem Besuch in Madrid und mit so vernehmen, daß die Assoziierungsfrage eine Angelegenheit der Geionalen it und meinschaft sei, sie werde daher auch in Brüssel und nicht etwa bei seinen t. Das Madrider Gesprächen geprüft. nen das



Spaniens Weg nach Europa führt also über Paris. Das rege Interesse Frankreichs an einem gut funktionierenden Draht nach Madrid sichert ihm, daß es in allen wesentlichen Fragen einen Fürsprecher haben wird. Überdies haben die Spanier Aussicht, ihre im Antrag an die EWG vor mehr als zwei Jahren nachdrücklich herausgestellten wirtschaftlichen Sorgen schon in einer engen handelspolitischen Koordination mit Frank-

reich zu einem guten Teil beheben zu können. Schon in den ersten Monaten 1964 sind die für die spanische Wirtschaft so besonders wichtigen Agrarexporte nach dem französischen Markt enorm gestiegen.

Das kündigt fraglos Komplikationen für die EWG an: Italiens Widerstand gegen eine Assoziierung Spaniens besteht keineswegs allein aus den Erinnerungen des Vizeministerpräsidenten Nenni, der im spanischen Bürgerkrieg auf Seite der Internationalen Brigaden kämpfte, ebenso groß ist das Unbehagen, in Spanien den Hersteller bedeutender agrarischer Konkurrenzprodukte (vor allem Zitrusfrüchte) als gefährlichen Partner im Gemeinsamen Markt zu bekommen. Schon die starke Zunahme des spanischen Handels mit Frankreich wird den Italienern mißfallen. Das Fehlen einer gemeinsamen Handelspolitik der EWG wird Rom so nun endlich auch als schmerzlicher Mangel spürbar und könnte die Neigung erhöhen, den Vorschlägen der EWG-Kommission mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Angesichts der französischen Verpflichtung gegenüber Spanien wird es aber zunächst in dieser Hinsicht noch schwieriger werden, in der EWG-Handelspolitik auf einen Nenner zu kommen. Paris nutzt gegenüber Spanien seine Handelspolitik als diplomatisches Mittel. Es dürfte



KRIEGSELEND IM FERNEN LAOS

Photo: „Die Presse“/upi

Diese Mutter mit ihrem Kind ist eines der zahllosen Opfer des „kleinen Krieges“ in Laos. Doch, ob großer oder kleiner Krieg, er bringt das gleiche Leid für die, die er unschuldig heimsucht. Der Vorstoß kommunistischer Verbände auf der Tonkrugenebene hat eine Massenflucht ausgelöst, die Politiker bemühen sich indessen, von der Neutralisierung zu retten, was zu retten ist.

# Lal Bahadur Schastris Bürde

Schicksalsprobe der indischen Demokratie unter dem Nachfolger Nehrus

Von unserem Korrespondenten Hans Walter Berg

NEW DELHI. Der 59jährige neue | sondern in dem er als Erster unter | vergangenen Jahr aus dem Kabinett | daten der gegnerischen Kongreß-

als Jahresfrist, gleich positiv anzunehmen. Damals schien bereits erkennbar, daß Spaniens Fragen an die EWG keine oder nur eine unbefriedigende Beantwortung erhalten würden. Und das ist indessen eingetreten. Infolge des Widerstandes der Holländer, Belgier und Italiener bietet der EWG-Ministerrat Madrid lediglich Vorgespräche an, deren Ziel ein Wirtschaftsvertrag wäre. Der von Madrid behutsam vorgebrachte Wunsch, eine Assoziation in Vorbereitung eines späteren vollen Beitrittes anzustreben, fand keinerlei Echo.

Zwar wiederholen französische Gesprächspartner beharrlich ihre Auffassung, Spanien müsse als integrierender Bestandteil Europas eines Tages zur EWG gehören, aber man weiß am Quay d'Orsay sehr genau, daß ohne Zustimmung der genannten Regierungen da nichts zu machen ist. Couve de Murville ließ sich denn

als Jahresfrist, gleich positiv anzunehmen. Damals schien bereits erkennbar, daß Spaniens Fragen an die EWG keine oder nur eine unbefriedigende Beantwortung erhalten würden. Und das ist indessen eingetreten. Infolge des Widerstandes der Holländer, Belgier und Italiener bietet der EWG-Ministerrat Madrid lediglich Vorgespräche an, deren Ziel ein Wirtschaftsvertrag wäre. Der von Madrid behutsam vorgebrachte Wunsch, eine Assoziation in Vorbereitung eines späteren vollen Beitrittes anzustreben, fand keinerlei Echo.

Der Pariser Spanienpolitik liegt also ein zweifaches Konzept zugrunde: Einmal werden unmittelbare Interessen Frankreichs, nämlich militärpolitischer und absatzpolitischer Natur erfüllt, zum anderen hofft man zugleich dem Ziel einen Schritt nähergekommen zu sein, mit Spanien ein Land in die europäische Politik zurückzubringen, dessen Regierung die Auffassungen de Gaulles über das „Europa der Vaterländer“ und eine unabhängige Weltpolitik teilt.

Indische Regierungen sind bei der Schastri ist nicht nur von ungewöhnlich kleinem und zierlichem Körperwuchs, knapp 1,50 Meter groß, sondern er ist auch politisch keine dominierende oder faszinierende Gestalt. Ihm fehlen viele der Attribute, denen Nehru seine legendäre Popularität in Indien und auch im Ausland verdankte; statt dessen besitzt er Eigenschaften, die nur selten mächtige Politiker auszeichnen. Dazu gehören seine geradezu verblüffende Bescheidenheit, eine beispielhafte Geduld und Duldsamkeit, menschliche Wärme und unbestechliche Sachlichkeit und eine seltene Begabung, Gegensätze auszugleichen und die unterschiedlichsten Kräfte zu koordinieren.

Vor allem diese Begabung ist eine wichtige Qualifikation für sein neues Amt, das Schastri nicht mit der überlegenen und überall respektierten Autorität eines Nehru antritt,

wenn es ihm gelingt, die divergierenden Kräfte zu einer freiwilligen Zusammenarbeit zu bewegen. Dabei werden dem neuen indischen Regierungschef sicher auch die Erfahrungen seiner langjährigen Tätigkeit auf den verschiedensten Ebenen der Kongresspartei und in mehreren Ministerfunktionen von Nutzen sein.

Schastri gehört zur alten Garde des indischen Freiheitskampfes, die noch unmittelbar unter Gandhis und später unter Nehrus persönlichem Einfluß gestanden hat. Seine politische Karriere führte ihn vom Parteisekretariat der größten indischen Provinz Uttar Pradesh in den Vorstand der allindischen Kongresspartei nach Delhi. Der Regierung Nehrus hat Schastri seit 1952 zunächst als Transport- und Eisenbahnminister, dann als Handels- und Industrieminister und schließlich als Innenminister angehört, bis er im

gleichem nur einzige aber kann, wenn es ihm gelingt, die divergierenden Kräfte zu einer freiwilligen Zusammenarbeit zu bewegen. Dabei werden dem neuen indischen Regierungschef sicher auch die Erfahrungen seiner langjährigen Tätigkeit auf den verschiedensten Ebenen der Kongresspartei und in mehreren Ministerfunktionen von Nutzen sein.

Nach seinem eigenen Bekenntnis hält sich Schastri für einen — wie er einmal wörtlich sagte — „nur mittelmäßigen Politiker“. Sein neues Amt wird ihm jedoch mehr abfordern als Mittelmäßigkeit und als die Begabung, Gegensätze durch Kompromisse auszugleichen. Er wird auch lernen müssen, die Macht seines Amtes notfalls mit Härte zu handhaben und gegen jene Kräfte einzusetzen, die den fortschrittlichen indischen Säkularstaat seit Jahren von innen bedrohen. Daß er den notwendigen Mut dafür aufbringt, hat Schastri in den letzten Monaten bewiesen, als er gegen starken Widerstand des linken und des rechten Kongreßflügels dem jahrelang inhaftierten Kaschmir-Führer Sheikh Abdullah seine Freiheit zurückgab und — zusammen mit Nehru — seine Bemühungen um eine indisch-pakistanische Verständigung im Kaschmir-Konflikt voll unterstützte.

Ideologisch ist Schastri weder den Konservativen noch den Sozialisten im Kongreß zuzuordnen. Er vertritt — in der Mitte zwischen den beiden Flügeln — eine Haltung, die dem völlig undoktrinären Sozialismus eines Mahatma Gandhi verwandt ist. Schastri, der als Sohn eines armen Volksschullehrers in Indiens heiliger Stadt Benares geboren wurde, hat sein ganzes Leben in einfachsten Verhältnissen verbracht und niemals die inneren Beziehungen zu den Sorgen und Problemen der indischen Millionenmassen verloren. Er lebt auch heute kaum aufwendiger als der kleine Mann des indischen Mittelstandes und genießt schon deshalb das Vertrauen des einfachen Volkes. Schastri ist in mancher Beziehung mehr Inder, als es Nehru war; das kann für ihn ein Vorteil, aber auch ein Handicap sein, und erst die nächsten Monate werden zeigen, ob Schastri wirklich das Erbe seines großen Vorgängers Nehru anzutreten vermag.

Schastri's Wahl zum Vorsitzenden der Kongreßfraktion im indischen Parlament bedeutete indessen automatisch auch seine Bestallung zum neuen indischen Regierungschef. Die formale Ernennung wird in den nächsten Tagen durch den indischen Staatspräsidenten Radhakrishnan erfolgen, und zu diesem Zeitpunkt dürfte Schastri auch bereits die Ministerliste des neuen Kabinetts vorlegen. Schastri wurde von den 357 Abgeordneten einstimmig zum Nachfolger Nehrus gewählt; diese Einstimmigkeit war im hohen Maße das Verdienst des Kongreßpräsidenten Kamraj, dem es durch seinen persönlichen Einsatz für Schastri gelang, die in den ersten Tagen nach Nehrus Tod drohende Kampfabstimmung zwischen dem rechten und dem linken Kongreßflügel zu verhindern. Ja, Kamraj hat es sogar fertiggebracht, die Nachfolgekandi-

sam die Wahl Lal vorzuschlagen, unklärten beide — s Morarji Desai —, mige Entscheidung Schastri eine Wah Nehrus gewesen s

Über die Frage, rus Nachfolge an sich in den verga politischen Beobac auch im Ausland zerbrochen. Es sir Bücher über die schrieben worden. rung hat nicht e gebraucht, um die kratischen Spielre den, ohne Nehrus tive, aber sicherlic Der Kongreßpräsi auf diese Weise jene Aufwertung schon seit vielen hat, und vielleicht greß die bestan probe und sein sehen, in Zukunft entfalten.

Nehru hätte wal falls zeitweise, au gegen den Kongre Schastri aber wir im Amt halten, Unterstützung der sitzt. Das mag ei Element für die t wicklung in Indie größere Abhängig der Partei kann den auch zu gefäl nen zwingen. Nie die Einmütigkeit, Wahltag noch u Eindruck der al um Nehru bekun lange vorhalten t Schonfrist für Sel in den nächsten gehen, und dann schwächliche, dul jetzt den Mantel Zügel fest in d müssen.

Man rechnet al Schastri zumindes ten Wahlen im F sterpräsident bei Kongreßpartei m auch die vierten hängigen Indien ; könnte dann ein in der Regier vollenden, und so auch das Erbe I weiterwirken.

Auf die Stärke bindende Kraft ir wird es ankommer ausgeht, ist dabei indischen Subkon tung, der Ausgan Weltpolitik be Schastri übernin einer Nation, di kampf zwischen d und dem totalit liegt. Wer von de Indien und China behauptet, wird z zen Weite dieses bild abgeben.

# Die Waffen des Herrn Jedermann

## Prozedur des Volksbegehrens in Österreich nach Gesetz und politischer Kettenwirkung

Von unserem Redaktionsmitglied Georg Nowotny

WIEN. Mit Hilfe der 23 Paragraphen des Gesetzes über Volksbegehren ist seit etwa einem Jahr den Österreichern Gelegenheit gegeben, sich ohne Umweg an ihre Vertretung, den Nationalrat, zu wenden, um sich in wichtigen Fragen zu Wort zu melden. Nun hat sich der erste Anlaß eingestellt, durch ein Volksbegehren zur endlichen Lösung der Rundfunkmisere durch die Staatsbürger selbst beizutragen. Die unabhängige Presse Österreichs hat sich zum Sprecher jener Millionen Rundfunk- und Fernsehteilnehmer gemacht, die nicht länger tatenlos zusehen wollen, wie der Proporz und sonstige Parteifesseln das Programm immer mehr strangulieren.

Obwohl sich aber die Koalitionsparteien seinerzeit unter dem Druck der Öffentlichkeit entschlossen hatten, durch Gesetz ein Volksbegehren zu ermöglichen, haben sie doch Riegel vorgeschoben, um echte Mitbestimmung zu verhindern. Sowohl im Ausschuß als auch im Plenum des Nationalrates kann nämlich das Volksbegehren zu Fall gebracht werden, ohne daß vom Wunsch der Bevölkerung zunächst mehr übrigbleibt als eine moralische Demonstration.

Gegen diese Blockierung der direkten Demokratie hatte vor einem Jahr ein Sprecher der FPÖ vergeblich protestiert. Die Freiheitliche Partei hatte vorgeschlagen, die Beratung über ein Volksbegehren müsse vom Nationalrat innerhalb von drei Monaten abgeschlossen sein. Lehne der Nationalrat ein Volksbegehren ab, dann wären — forderte die FPÖ — zur neuerlichen Einbringung eine Million Unterschriften er-

forderlich. Würde diesem neuerlichen Begehren vom Nationalrat wiederum keine Unterstützung gewährt werden, so muß eine Volksabstimmung abgehalten werden.

Doch das waren eben nur Vorschläge. Was verabschiedet wurde, war dann mit allen möglichen Sicherungen ausgestattet, um unliebsame Überraschungen für die Koalition nach Kräften zu verhindern.

Am Anfang jedes Volksbegehrens muß der Antragsteller tief in die Tasche greifen und dem Innenministerium 50.000 Schilling auf den Tisch legen. Sozusagen als Kautions für die Kosten, die dem Bund aus einem solchen Begehren erwachsen. Nach Schätzungen, die allerdings durch die Praxis noch nicht bestätigt wurden, kostet das Volksbegehren dem Bund etwa 500.000 bis 900.000 Schilling, wobei wahrscheinlich die Prüfung der Unterschriften die längste und teuerste Prozedur sein dürfte. Hat der Initiator des Volksbegehrens seine 50.000 Schilling hinterlegt, kann er damit beginnen, für den sogenannten „Einleitungsantrag“ die Unterschriften von 30.000 Stimmberechtigten zu sammeln. Statt dieser Zahl können auch dreißig Nationalratsabgeordnete oder je zehn Mitglieder von drei Landtagen unterschreiben. Für die Kosten und Formulare der Aktion hat der Antragsteller zu sorgen. Ebenso für 30.000 Stimmrechtscheine, die an die jeweilige Heimatgemeinde der Unterschreibenden geschickt und mit einem Amtsstempel als richtig klassifiziert werden müssen. Der Antrag wird dann vom Innenministerium geprüft. Nach diesem Hürdenlauf mit bürokratischem

Ballast beginnt erst das eigentliche Volksbegehren.

In jeder Gemeinde Österreichs liegt dann ein Formular auf, in das sich Begehrenswillige eintragen können. Sind 200.000 Stimmen erreicht, ist das Volksbegehren nicht nur „gelingen“, sondern der Antragsteller kann sich auch seine 50.000 Schilling Kautions im Innenministerium abholen. Kommen innerhalb von zwei Wochen nicht 200.000 Stimmen zusammen, verfällt der Betrag. Mit der Übermittlung des Volksbegehrens, das in die Form eines Gesetzesentwurfes gekleidet sein muß, an die Bundesregierung ist freilich noch nicht allzuviel gewonnen. Mittlerweile sind etwa hundert Tage seit Beginn der Aktion vergangen.

Die Bundesregierung ist wohl verpflichtet, den durch ein Volksbegehren herangetragenen Gesetzesentwurf dem Nationalrat zu übermitteln. Wie bei jedem anderen Gesetzesentwurf, der von einem Ministerium ausgearbeitet wird, kann der Nationalrat oder der dafür zuständige Ausschuß aber die weitere Behandlung ablehnen, damit also das Volksbegehren ignorieren. Doch dann tritt eine stärkere Kraft durch die Hintertür.

Die rein rechtliche Seite, wie sie in dem Volksbegehrengesetz 1963 festgelegt wurde, gibt den österreichischen Wählern keine unmittelbaren Einflußmöglichkeiten auf den Nationalrat, doch wird der moralische und politische Druck von 200.000 Wahlberechtigten für jene Partei oder Parteien, die den Gesetzesentwurf des Volksbegehrens ignorieren, nach solcher Ablehnung sehr spür-

bar werden. Umgekehrt kann die eine oder andere Partei, wenn sie sich hinter der Forderung der 200.000 stellt, daraus erhebliches Stimmkapital schlagen, von dem sich spätestens bei den nächsten Wahlen zum Nationalrat die Zinsen heben lassen. Unterschreiben aber gar weit mehr als 200.000 Wahlberechtigte die Listen, so kann Zustimmung oder Ablehnung des Volksbegehrens für die, die sich dafür stark machen, die politische Existenz bestimmen.

Gerade der landauf, landab verbreitete Ärger über die Zustände im Rundfunk- und Fernsehwesen soll nun Motor für das erste Volksbegehren in der Republik werden, wenn die beiden Parteien ihre seit Jahr und Tag gemachten Versprechungen, diese Institution endlich in Selbstverantwortung und nach dem Leistungsprinzip arbeiten zu lassen, zu der von ihnen verheißenen Frist nicht einlösen. Die Aktion aller parteiunabhängigen Zeitungen dieses Landes könnte geradezu ein Paradebeispiel dafür werden, welche Stoßkraft sich entwickelt, wenn dem Volk selbst Gelegenheit gegeben wird, gegen die Parteienwillkür Einspruch zu erheben.

Millionen von Zeitungslesern, Rundfunkhörern und Fernsehern sind davon angesprochen, so daß die, wie in Wellen sich ausbreitende Wirkung allein schon zu kompensieren vermag, was die Gesetzgeber in so offensichtlicher Bedachtnahme an formellen Fußangeln eingebaut haben. Gerade der Widerstand, offen oder versteckt, müßte die Reformierung des politischen Lebens, die schon in Gang gekommen ist, nur beschleunigen.